

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsführer:
Erich Kästner, Berlin
Verleger: Carl Ernst 1931-1932



Verleger: Carl Ernst
Verleger: Carl Ernst
Verleger: Carl Ernst

Die Zeitung ist ein Organ der Arbeiterbewegung.
Der Inhalt ist ein Ausdruck der Meinungen der Redaktion.
Der Verlag übernimmt keine Verantwortung für die Meinungen der Mitarbeiter.

Berlin, den 3. Nov. 1931.

Der Aufstand auf Cypern.

(Von unserem Sonderkorrespondenten)

lit. Institut
88a. Gesehiedenis
Amsterdam

SPD. Nikosia auf Cypern, Ende Oktober

Man muss schon weit in der Geschichte der Aphroditen-Insel zurückgehen, um eine Erhebung der Cyprioten gegen ihre Herren festzustellen. Die Insel ist stets willig im Besitz derjenigen Macht gewesen, die stark genug war, das östliche Mittelmeer zu beherrschen. Vom grauesten Altertum her war sie nacheinander in den Händen von Ägyptern, Persern, Griechen, Römern, Byzantinern, Kreuzfahrern, Venezianern, Türken und Engländern. Ihr letzter Besitzwechsel hat sich auf friedlichem Wege vollzogen. England hat Cypern auf Disraelis Anregung als Provision für die Rettung der Türkei vor Russland im Berliner Frieden von 1876 durch einen Vertrag im Jahre 1879 erhalten. Seitdem haben englische Beamte zwischen dem kühlen Sommer des Hochplateaus von Troodos und dem milden Winter an der Küste des mittelländischen Meeres dort ein idyllisches durch keine grossen Regierungssorgen belastetes Leben geführt.

Die Revolte vom 23. Oktober, bei der die Residenz des Gouverneurs in Nikosia anschliessend an die Proklamation für die Vereinigung Cyperns mit Griechenland in Flammen aufging, hat natürlich eine Vorgeschichte. Es schwält seit Ende des Weltkrieges dauernd unter der Oberfläche. Die griechische Majorität der aus 374 433 Köpfen bestehenden Einwohnerschaft lässt keine Gelegenheit vorbeigehen, um ihren Willen zur Trennung von England nach aussen hin zu bekunden. Sie begründet diese Versuche mit dem Hinweis, dass sie als griechisch sprechendes Element den Anspruch darauf hat, mit dem hellenischen Mutterlande auf Grund des Rechtes der nationalen Selbstbestimmung vereinigt zu sein. Gegen diese Logik ist im Zeitalter des politischen Nationalismus wenig einzuwenden. Eine Untersuchung der Forderung unter historischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten lässt allerdings sehr bald erkennen, dass sie mehr eine Verlegenheitslösung als den Ausdruck einer innerlich zwingenden Notwendigkeit darstellt.

Die von England zur Rechtfertigung des Besitzes von Cypern vorgebrachten Gründe sind allerdings ebenso wenig stichhaltig. Angeblich besteht seine Aufgabe hauptsächlich in dem Schutz von 64 142 türkischen Mohammedanern. Diese hohe ethische Mission kann bei der augenblicklichen Lage im Mittelmeer nicht einmal durch strategische Rücksichten gerechtfertigt werden, denn Cypern hat im Zeitalter des Flugzeugs und des Unterseeboots seine Bedeutung als Flottenstützpunkt vollkommen verloren. Die Behauptungen cypriotischer Nationalisten, dass seine Umgestaltung in ein zweites Gibraltar geplant wird, gehören in den Bereich agitatorischer Fanfaronaden. Politisch ist Cypern in Wirklichkeit ähnlich wie Elsass-Lothringen Niemandland, während es ökonomisch nach dem vorderasiatischen Festland tendiert, zu dem es heute noch seine wichtigsten materiellen Beziehungen besitzt.

Der offene Ausbruch der politischen Leidenschaften der Cyprioten ist trotz der Kleinheit des Objekts ein sehr beachtenswertes Symptom. Die Erhebung ist auch hier die Folge der prinzipiellen Fehler des augenblicklichen englischen

Kolonialsystems, die überall zu unangenehmen Reibungen führen. Der Stein der cyprischen Unzufriedenheit ist durch die wirtschaftliche Notlage der Insel ins Rollen gebracht worden. Nichtsdestoweniger hätte die Krise auf einem so beschränkten und für eine vernunftgemässe Wirtschaftspolitik gegebenen Stück Erdniemals ohne die Mängel der britischen Administration akut werden können. Die Mehrzahl der aus Kleinbauern bestehenden Bevölkerung von Cypern, das im Altertum wie im Mittelalter zu den Kleinodien Asiens gerechnet wurde, und das in seinen besten Zeiten über eine Million Menschen durch Landwirtschaft, Bergbau, Schiffahrt und Handel ernährte, ist zur Zeit arm und verschuldet. Das mittlere Einkommen der ländlichen Bevölkerung beträgt 200 Mark im Jahr und die Löhne für die Arbeiterschaft stehen in dem entsprechenden Verhältnis. In den Asbestgruben von Amiandos, dem grössten und mit modernen technischen Mitteln betriebenen Bergwerksunternehmen der Insel beträgt der Verdienst bei 14stündiger Arbeitszeit 2 Mark pro Tag, von denen der Belegschaft nach einem unglücklich verlaufenen Streik noch 10 % abgezogen wurde.

Ungeachtet der miserablen wirtschaftlichen Zustände bietet die Verwaltung Cyperns so gut wie gar keine Schwierigkeiten. Diebstähle sind beispielsweise fast völlig unbekannt. Bei Nacht werden die Häuser nicht verschlossen und Raubüberfälle sind seit Menschengedenken nicht vorgekommen. Zu den Institutionen moderner Technik, die Cypern nicht kennt, gehört u.a. das Telephon. Nur die Regierung verfügt über eine private und in ihrem Umfang sehr beschränkte Leitung. Dennoch schwebt über diesem primitiven Ganzen ein grosser und teurer englischer Beamtenapparat. Das Mindestgehalt eines englischen Regierungsangestellten beträgt die im Vergleich zu dem niedrigen Lebensstandard ungewöhnlich hohe Summe von 10 000 Mark im Jahre, das des Generalgouverneurs 60 000 Mark nebst einer Aufwandsentschädigung von 12 000 Mark. Das Budget wird unter solchen Umständen über Gebühr für Verwaltungszwecke in Anspruch genommen. Die Mittel hierzu werden durch landwirtschaftliche Ertragssteuern und Einfuhrzölle aufgebracht, wobei England durch Vorzugstarife von 10-15% gegenüber den anderen Ländern, die 15-30%ige Einfuhrzölle zu tragen haben, stark begünstigt wird.

Von Seiten der nationalen Opposition wird der englischen Verwaltung der nicht unberechtigte Vorwurf völliger Unkenntnis der ökonomischen Bedürfnisse Cyperns und Vernachlässigung aller Möglichkeiten zur Besserung dieser Zustände gemacht. In der Tat sind von einigen Strassenbauten und einigen spielerisch anmutenden Stationen des Agricultur-Departments keinerlei Ansätze zu einer zeitgemässen Entwicklung zu spüren. Nach englischer Sitte hat man sich damit begnügt, den Dingen ihren Lauf zu lassen, solange sie in Ordnung waren und seit Beginn der politischen Schwierigkeiten kennt man kein anderes Mittel, als ihrer durch Intrigen Herr zu werden. Selbstverständlich sind die loyalen Türken die gehätschelten Lieblingskinder und die Verwaltung ist so ängstlich um die Gefühle jeder Minderheit bemüht, dass sie sogar den auf Cypern lebenden 13 jüdischen Familien zwei aus Regierungsmitteln bezahlte hebräische Lehrer zur Verfügung gestellt hat. Das System des gegenwärtigen Generalgouverneurs Sir Ronald Storres, der bei der griechischen Bevölkerung besonders verhasst ist, gipfelt im Kauf von Führern der Opposition durch einträgliche Pfründen. Dieses Mittel hat natürlich seine Grenze und es hat vor allem nicht bei der bürgerlichen Intelligenz und beim griechisch-katholischen Klerus verfangen. Namentlich der letztere unter der Führung des Metropoliten Kyrillos bildet die Kerntruppe der anti-britischen Bewegung, weil die Geistlichkeit durch eine Vereinigung der bisher autonomen cyprischen Kirche mit der griechisch-orthodoxen eine Besserung ihrer Lage erhofft.

Die cyprische Frage wird, obwohl der Putsch diesmal missglückt ist, weiter in der Schwebe bleiben, wenn sich auch gezeigt hat, dass sie weder mit den Mitteln des Nationalismus noch mit denen des Imperialismus zu lösen ist. Auch in ihr manifestiert sich die Notwendigkeit einer Reform des englischen Kolonialreichs mit einer gross angelegten Verwaltungs- und Wirtschaftserneuerung als Grundlage.

von dem Auftreten Hugenbergs eine Sensation versprochen hatte, erlebte eine Enttäuschung. Es sass ein pfiffiger, kleiner Spiesser am Zeugentisch, dessen Format und Horizont dem Objekt der Untersuchung, nämlich der Verschacherung der Landbank und der Uebervorteilung des Staates durch knifflische "Transaktionen" durchaus entsprach. Hugenberg hatte es auch weniger darauf angelegt, eine Zeugenaussage zu machen als eine politische Propagandarede zu halten. Vom Thema sprach er erst zuletzt. Umso länger fiel die Einleitung aus, die selbstverständlich von "Hugenbergs Verdiensten um die Siedlung" handelt. Dann folgten längere Ausführungen gegen das "heutige System", das durch Sozialisierungsmassnahmen zur Korruption geführt habe, während die Privatwirtschaft nach Hugenberg - einwandfrei und sparsam wirtschaftete. Hier geriet der grosse Mann allerdings einen Augenblick aus dem Konzept; denn vom Berichterstatter fiel der Zwischenruf: "Reden Sie von Nordwolle, Schultheiss, Ostbank und Favag?". Danach fand es Hugenberg geratener, ins Spezielle zu gehen. Nach seiner Darstellung sind natürlich alle seine Transaktionen nicht nur unanfechtbar, sonderngeradezu Ausflüsse des Hugenbergschen Edelmates. Will man Herrn Hugenberg folgen, so ist er geradezu ein Opfer, hingemeuchelt von der Gegnerschaft finsterner politischer Mächte. Und Herr Hugenberg schliesst mit der pathetischen Versicherung, dass, wenn es ein staatliches Schamgefühl gebe, der Fiskus sich schämen müsse, dem Hugenbergkonzern so wenig für seine Landbankaktien gezahlt zu haben.

Etwas weniger grossprecherisch wurde Herr Hugenberg freilich, als der Berichterstatter Kuttner (Soz) sehr präzise, für Herrn Hugenberg oftmals sehr peinliche Fragen an diesen Märtyrer des privaten Kapitalismus stellt. Gleich zu Beginn kommt es zu einem scharfen Zusammenstoss. Hugenberg möchte sich eine Heiterkeitserfolg verschaffen, indem er zunächst so tut, als ob er nicht wisse wer der Berichterstatter sei. Sodann erklärt er, er lasse sich überhaupt nur auf eine Beantwortung der von Kuttner gestellten Fragen ein (grosse Unruhe und Entrüstung links), weil er zunächst unterstelle, dass "Herr Kuttner an den lügenhaften und flegelhaften Artikeln des "Vorwärts" gegen ihn - Hugenberg - unbeteiligt sei."

Berichterstatter Kuttner: Ich unterstelle auch, dass Sie an den lügenhaften und flegelhaften Artikeln, die der "Lokalanzeiger" gegen mich täglich veröffentlicht, unbeteiligt sind. (Grosse Heiterkeit).

Der "grosse Diktator" stutzt. Von seinen deutschnationalen Mamelukken umgeben - bei seinem Eintritt hatten die Deutschnationalen sich erhoben und grateske Diener gemacht -, ist er wohl nicht mehr gewöhnt, dass man ihm in seiner eigenen Tonart antwortet. Er wird nach dieser Abfuhr behutsamer. Der Berichterstatter hakt zunächst bei der Äusserung Hugenbergs ein, dass der Staat die Konkurslage der Landbank im Jahre 1925 verschuldet habe. Er fragt, ob der Staat irgendwie an den faulen Geschäften der Landbank, an dem unmöglichen Guldenabkommen mit der holländischen Bank, an den Fehlspekulationen des Direktor Ullrich beteiligt sei.

Hugenberg: Meine Aeusserung sollte nur ausdrücken, dass der Staat durch die Verweigerung weiterer Kredite die Landbank in Konkurslage gebracht hat. Ein Siedlungsunternehmen, das heute keinen staatlichen Kredit erhält, kann nicht existieren.

Berichterstatter: Der Staat hat der Landbank durchaus keine Kredite verweigert. Die Staatsbank (Seehandlung) hat ihr sogar höheren Kredit eingeräumt, als sie nach kaufmännischen Grundsätzen verantworten konnte. Die Verweigerung der Kredite erfolgte erst, als man auf Seiten des Staates erkannte, wie schlecht der Status der Landbank war.

Hugenberg bestreitet das lebhaft und sein Adlatus, der ehemalige Landbankdirektor Tetens, sucht den Hugenbergschen Standpunkt zu bekräftigen. Der Berichterstatter weist jedoch aktenmässig nach, dass das Misstrauen des Staates erst allmählich und nicht aus politischen, sondern geschäftlichen Gründen entstanden ist.

In die Enge getrieben muss Hugenberg hinsichtlich der Fehlgeschäfte der Landbank das Bekenntnis ablegen, dass der privatkapitalistische Betrieb keineswegs von Fehlern frei sei und dass hier grobe Fehler gemacht worden seien.

Es kommt weiter zu einer Aussprache darüber, welche Aufwendungen der Hugenbergkonzern gemacht hat, um die Aktienmajorität der Landbank zu erwerben. Die im Jahre 1923 aufgewendeten 45 Millionen Papiermark, die am Zahlungstage einen Wert von 43 bis 150 Goldmark darstellten, sind nach Hugenberg eine grosse Leistung. Es sei ihm schwer gefallen, diesen Betrag aufzubringen. Berichterstatter: "Das scheint mir bei Ihrer Stellung kaum glaublich." Hugenberg tobt darauf über die Lüge, dass man ihn als fünfzigfachen Millionär bezeichne. Berichterstatter: "Davon rede ich gar nicht. Bei Ihrer Stellung zur Schwerindustrie aber waren 45 Millionen Papiermark im Jahre 1923 eine Lappalie." Hugenberg beruft sich darauf, dass mit diesem Gelde doch 33 000 Morgen Grundbesitz erworben worden seien. Berichterstatter: "Das ist einer der springenden Punkte. Dieser Grundbesitz ist nämlich im Wege der Enteignung erworben und in gänzlich entwertetem Papiergeld bezahlt worden." - Hugenberg: "Machen Sie mir daraus einen Vorwurf?" Berichterstatter: "Nein, mein Vorwurf geht dahin, dass Sie dann bei der Veräusserung der Landbank vom Staate verlangt haben dass er Ihnen diesen typischen Inflationsgewinn, der obendrein mit Hilfe der staatlichen Enteignungsbefugnis gemacht worden ist, ersetzen und vergüten sollte. Sie selbst haben in der letzten von Ihnen geleiteten Generalversammlung der Landbank erklärt, dass nur durch diese Grundstückskäufe noch eine Substanz in der Landbank vorhanden war. Diese Substanz beruhte also auf einem Inflationgewinn und hieraus schöpfen Sie das moralische Recht, vom Staat unter allen Umständen eine hohe Vergütung für Ihre Aktien durchzudrücken."

Hugenberg sucht damit abzulenken, dass erst der jetzige Staat das Enteignungsrecht für Siedlungszwecke geschaffen habe, das es im alten Staat nur gegenüber den Polen gab. Berichterstatter: "Er hat es aber nicht zur privaten Bereicherung einzelner geschaffen."

Die Erörterung kommt dann auf den Verkauf der Landbank bei dem sich die Hugenberggruppe für den geringen, vom Staat bewilligten Preis dadurch schadlos gehalten hat, dass sie sich aus den Aktiven der Landbank einzelne Wertobjekte, darunter die Aktien der Saarow-Pieskow-Landhausgesellschaft herausgeben liess.

Hugenberg: "Der Staat bot mir nur 1 Mark für die Aktie. Das war eine Erpressung. Mir war klar geworden, dass ich ihm einen Bissen hinwerfen musste, indem ich hier auf seine Sozialisierungsbestrebungen einging."

Berichterstatter: "Die Sozialisierung der Pleite überlässt jeder Privatkapitalist dem Staate gern."

Hugenberg bleibt dabei, dass der Staat ihn erpresst habe. - Um 3/4 2 Uhr ist die Vernehmung Hugengeb's beendet, der Zeuge wird entlassen.

Kein triumphaler Abgang. Etwas peinlich lange, länger als es sein "Format" verträgt, hat Herr Hugenberg im grellen Licht der Öffentlichkeit gestanden und sein privatkapitalistisches Herz enthüllt. Hinter ihm ein leises Raunen: "Das war der Führer, das war der Mann von Format?!" - Wer ihn noch nicht kannte, ist bodenlos verwundert. Keine Spur von einem nationalen Heros. Eine muffige Kontorfigur. Ein Mann, dessen nationaler Glaube in der Anschauung kulminiert, dass ein kleines Geschäftchen, ein bisschen Spekulationsverdienst, wenn nicht gerade Räuberei und Betrug dabei ist, doch gestattet sein müsse. Ein "Nationaler", der den Glauben des Alten Fritz, dass der liebe Gott immer mit den stärkeren Bataillonen sei, dahin für sich umbiegt, dass Moral und Ethik immer dort sind, wo auch gut verdient wird.

SPD. Paris, 5. November (Eig. Drahtb.)

Das englische Pfund ist am Dienstag an der Pariser Börse der am Montag auf den grossen internationalen Börsenplätzen eingetretenen Abwärtsbewegung gefolgt. Während das Pfund am vorigen Freitag noch 98,50 Francs notierte, setzte es am Dienstag mit 94,50 ein und schloss nach einigen Schwankungen mit 94,62½ Francs. Das Sinken des Pfundes hatte auf die Haltung der Effektenbörse keinen Einfluss. Der Dollar war fest. Er notierte bei Börsenschluss 24,44 Francs.

SPD. Am Donnerstag tritt in Berlin der Reichsausschuss der deutschen Zentrumspartei zusammen. Vorher tagt der Vorstand der Zentrumspartei.

Der Reichsausschuss des Zentrums ist bereits vor dem Zusammentritt des Reichstags einberufen worden und sollte anfänglich wenige Tage nach der Vertagung des Reichsparlamentes zusammentreten. Er sollte nach erfolgter Abstimmung im Reichstag die Politik des Reichskanzlers und der Reichstagsfraktion des Zentrums durch die Annahme eines entsprechenden Beschlusses bekräftigen. Als dann der italienische Aussenminister seinen Staatsbesuch anmeldete, bat der Reichskanzler die Tagung wegen seiner Inanspruchnahme durch die Besprechungen mit Grandi zu verschieben.

In der Zwischenzeit hat sich die innenpolitische Lage kaum verändert. Trotzdem dürften die Parteinstanzen des Zentrums auch mit einer Frage befasst werden, die in dem ursprünglichen Programm der Tagung nicht vorgesehen war. Seit der Vertagung des Reichstags hat Hitler ein geradezu auffälliges Interesse für die Futterkrippe bekundet. Andererseits haben sich in letzter Zeit innerhalb der "nationalen Opposition" Dinge abgespielt, die auf eine starke Auflockerung der Harzburger Front schliessen lassen. Die Folge waren zunächst öffentliche Auseinandersetzungen zwischen den Deutschnationalen und Nationalsozialisten, denen sich solche über das Thema "Brüning und Hitler" anschlossen. Blätter fast aller Richtungen haben sich an dieser problematischer Diskussion beteiligt. Die einen um für die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierungskoalition des Reiches einzutreten, die anderen um das Doppelspiel der Nazis und die in ihrem Lager herrschende Verwirrung an Hand von Tatsachen, Reden nationalsozialistischer Abgeordneten und Auslassungen nationalsozialistischer Zeitungen aufzudecken. Insofern hat die an sich im luftleeren Raum geführte Debatte innenpolitisch zweifellos ihr Gutes gehabt. Aber es ist andererseits nicht zu bestreiten, dass durch diese Diskussion zugleich auch im Inland und insbesondere im Ausland grosse Verwirrung entstanden und der Eindruck hervorgerufen worden ist, als ob die Koalition des Zentrums mit den Nationalsozialisten nur noch eine Frage von Tagen ist.

Angesichts dieser Situation wird das Zentrum, gegen dessen Willen eine Rechtsregierung im Reich zur Zeit unmöglich ist, nunmehr vor allem aus aussenpolitischen Gründen ebenfalls nicht mehr umhin können, zu der Frage der Koalitionsfähigkeit der Nationalsozialisten Stellung zu nehmen. In welchem Sinne das geschehen dürfte, zeigt ein Artikel des inzwischen von einer schweren Operation genesenen Führers der preussischen Zentrumspartei und Freundes des Reichskanzlers, Dr. Hess, in dem es zum Schluss heisst: Das durch und durch widerspruchsvolle Konglomerat, das heute im Nationalsozialismus zusammengeballt ist und als äusserstes Rechtsextrem angesprochen sein will, kann für das Zentrum als Koalitionspartner nicht in Frage kommen."

In unterrichteten Kreisen verlautet, dass der Vorstand der Zentrumspartei dem Reichsparteiausschuss eine Entschliessung gegen eine Koalition mit den Nationalsozialisten vorlegen wird.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning versammelten sich am Dienstag zum ersten Male die deutschen Mitglieder und Sachverständigen der deutsch-französischen Wirtschaftskommission. Nachdem der Reichskanzler den Sachverständigen für ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an den Aufgaben der Kommission gedankt hatte, führte er u.a. folgendes aus:

Der Gedanke der Einsetzung der deutsch-französischen Wirtschaftskommission verdanke Entstehung und Ausgestaltung den Zusammenkünften der deutschen und französischen Minister in Paris und Berlin. Hatte die Kommission ihren Ursprung somit auf politischem Boden, so beschränke sich ihr Aufgabenkreis auf wirtschaftliche Fragen. Hier allerdings finde sie ein weites Feld; die Sachverständigen könnten alle wirtschaftlichen Probleme in Angriff nehmen, die ihnen geeignet erschienen, um die Zusammenarbeit und das Verständnis zwischen den beiden Nationen zu fördern. Dabei sei zu betonen, dass die Arbeiten der deutsch-französischen Wirtschaftskommission sich gegen kein drittes Land richteten. Die Sachverständigen dürften die ihnen obliegende Tätigkeit nicht als eine vorübergehende betrachten, die in wenigen Wochen bereits zu einem endgültigen Ziel geführt haben werde, sondern sollten ihre Aufgabe in einer ständigen gegenseitigen Fühlungnahme und Zusammenarbeit erblicken, die nach und nach alle Fragen in ihren Bereich ziehen könne, die im Rahmen dieser Gemeinschaft gelöst werden könnten.

Der Reichskanzler gab sodann bekannt, dass die Kommission entsprechend der zwischen den beiden Regierungen vereinbarten Arbeitsteilung in vier Unterkommissionen gegliedert worden ist, von denen die erste Kommission wieder in zwei Abteilungen zerfällt. Die erste Unterkommission soll sich mit der Erörterung der allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Völkern befassen. Das Hauptthema der einen Unterabteilung bildet der deutsch-französische Handelsvertrag, während sich die andere Unterabteilung insbesondere mit den privaten Wirtschaftsvereinbarungen wie Kartellen usw. befassen wird. Die zweite Unterkommission soll die Verkehrsfragen (Eisenbahnen, Binnenschifffahrt, Seeschifffahrt, Luftverkehr) behandeln. Der dritten Unterkommission liegt die Erörterung der Frage der Bildung von Interessengemeinschaften zum Zwecke einer engeren Verflechtung der beiden Wirtschaften ob, während sich die vierte Unterkommission dem Problem der Zusammenarbeit im Auslande widmen soll. Die Kommission wird ihre Tätigkeit aller Wahrscheinlichkeit nach Ende der nächsten Woche mit einer Zusammenkunft einiger Mitglieder und Sachverständigen in Paris beginnen.

Es wurde dann die Verteilung der deutschen Sachverständigen auf die verschiedenen Unterkommissionen festgesetzt. Als Vorsitzende der einzelnen Unterkommissionen wurden folgende Herren bestimmt, Unterkommission I: Staatssekretär z.D. von Simson; Unterabteilung 1: Ministerialdirektor Posse vom Reichswirtschaftsministerium; Unterabteilung 2: Clemens Lammers; Unterkommission II: Graf von Roedern, Verband deutscher Reeder; Unterkommission III: Abraham Frowein; Unterkommission IV: Minister a.D. Hermes.

SPD. Stettin, 3. Nov. (Eig. Drahtb.)

In Zülchow bei Stettin wurde der Hausbesitzer Bessert von dem Nationalsozialisten Rehberg mit einem Beile niedergeschlagen. Bessert ist Mitglied der Kommunistischen Partei.

SPD. Wien, 3. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die Organisationen der Post- und Telegraphenangestellten haben am Dienstag beschlossen, um Mitternacht mit der passiven Resistenz zu beginnen. Der Kampf richtet sich gegen die Herabsetzung der Gehälter der Post- und Telegraphenangestellten.

SPD. Paris, 3. November (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Laval erstattete dem Ministerrat am Dienstag Bericht über seine Amerikareise.

In dem nichtssagenden amtlichen Kommuniqué über die Beratungen heisst es: "Justizminister Bérard beglückwünschte den Ministerpräsidenten im Namen des Kabinetts zu den Bedingungen, unter denen er sich seiner Mission entledigt hat und die in einer unter den gegenwärtigen Umständen äusserst nützlichen Form die freundschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit Amerikas und Frankreichs bestätigt hat."

Der Ministerrat hat ferner die Einberufung des Parlaments zum 12. November beschlossen.

SPD. London, 3. November (Eig. Drahtb.)

Das neue Parlament trat am Dienstag zu einer rein formalen, ersten Sitzung zusammen, in der die malerische aber politisch unwichtige Zeremonie der Wahl des Sprechers vollzogen wurde. Die gewaltige Regierungsmehrheit wurde zum erstenmal anschaulich. Auf der Oppositionsseite waren viele Bänke leer, während auf der Regierungsseite längst nicht alle Mitglieder einen Sitz finden konnten und mancher Abgeordnete sich auf dem Schoss eines Kollegen niederlassen musste. Als MacDonald das Unterhaus betrat, wurden ihm von der Regierungsmehrheit stürmische Ovationen dargebracht.

Die Kabinettsumbildung stösst noch immer auf Schwierigkeiten. Eine Ministerliste liegt bis jetzt noch nicht vor. Wahrscheinlich wird die Zusammensetzung des Kabinetts erst in einigen Tagen nach der Rückkehr MacDonalds aus Schottland bekannt gegeben. Als Schatzkanzler werden neuerdings Mac Kenna und der Liberal Runciman genannt. Der künftige Schatzkanzler wird nicht in der traditionellen Residenz, in Downingstrasse 11, wohnen. Dieses Haus wird von Baldwin bezogen werden, der übrigens das Schatzkanzleramt endgültig abgelehnt hat. Das bisherige Schatzamt und das Haus des Ministerpräsidenten sind durch einen Gang miteinander verbunden worden, sodass MacDonald und Baldwin jederzeit schnellstens Fühlung miteinander nehmen können.

Die Labour Party hat Landsbury zu ihrem parlamentarischen Führer gewählt. Führer der Partei bleibt Henderson.

SPD. Prag, 3. November (Eig. Drahtb.)

In Prag wurde am Dienstag die internationale Devisenkonferenz eröffnet, an der ausser der BIZ in Basel Vertreter der Tschechoslowakei, Deutschlands, Österreichs, Ungarns, Polens, Jugoslawiens, Rumäniens und Bulgariens teilnahmen. Von der Reichsbank sind Geheimrat Müller und Direktor Knaack anwesend. Die Beratungen werden streng vertraulich geführt. Am Schluss der Konferenz soll ein Kommuniqué herausgegeben werden.

SPD. London, 3. November (Eig. Drahtb.)

Das Blatt der Arbeiterpartei, der "Daily Herald", schreibt am Dienstag zu der finanziellen Lage Deutschlands, dass Deutschland, um die Zinsen für seine Schulden an das Ausland zu bezahlen, einen jährlichen Exportüberschuss von 120 Millionen Pfund erzielen müsste. Würde Deutschland die unaufschiebbaren Annuitäten des Young-Plans weiter zahlen, so betrage der notwendige Überschuss 150 Millionen, bei Zahlung der vollen Young-Annuitäten müsste der Überschuss 200 Millionen Pfund betragen.

"Das ist offensichtlich - so fährt der Daily Herald" fort - absurd. Für das deutsche Volk würde das jammervolle Armut bedeuten, für andere Nationen

bedeutet es Zeugn zur Aufnahme einer gewaltigen Dumpingeinfuhr, die jeden Markt der Welt erschüttern würde. Hierbei von Zöllen und von Antidumping-Gesetzen zu sprechen, ist einfach töricht. Deutschland steht vor der Alternative, entweder zu dumpen oder sich für zahlungsunfähig zu erklären. Das sollte auch die englische Regierung klar erkennen."

SPD. Frankfurt/M., 3. Nov. (Eig. Drahtb.)

Unter stärkstem Andrang begann am Dienstag im Favagprozess die Zeugenvernehmung des früheren stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Favag, des Direktors Bodenheimer-Berlin (Danatbank).

Auf Wunsch des Verteidigers des Angeklagten Sauerbrey wurde die Vernehmung ausgesetzt, jedoch später nachgeholt. Die Vernehmung Bodenheimers galt hauptsächlich der Frage, ob er die Sondervergütungen der Favagdirektoren als üblich und angemessen erachtet hat. Bodenheimer, der sehr vorsichtig formulierte, hält Sondervergütungen für besondere Verdienste und in einer, dem Einzelgeschäft entsprechenden Höhe für unbedenklich. Bei dieser Gelegenheit wurden vom Vorsitzenden zum ersten Male Zahlen über die Gesamtsumme der Sondervergütungen in den Jahren von 1924 bis 1929 genannt. Es sind neben den Gehältern und Rantien, die bei den Favagdirektoren 100 000 bis 350 000 Mark Jahres-einnahme betragen, an Sondervergütungen im ganzen etwa 2½ bis 3 Millionen Mark gezahlt worden. Generaldirektor Dumcke hat in 25 Fällen 759 000 Mark erhalten, Direktor Becker erhielt 30 Sondervergütungen in Höhe von 919 500 Mark, in 7 Fällen bekam Direktor Mädje 380 000 Mark, Direktor Schuhmacher erhielt 116 000 Mark usw.

Ausdrücklich wurde von allen Prozessbeteiligten hervorgehoben, dass die Sondervergütungen, so hoch sie auch gewesen sind, nicht als die Ursache des Zusammenbruchs der Favag anzusehen sind. Ueber die Persönlichkeit des verstorbenen Generaldirektors Dumcke äusserte sich der Zeuge Bodenheimer dahin, dass er in Dumcke eine überragende Persönlichkeit kennen gelernt hatte, die den Aufsichtsrat beherrschte und besonderes Vertrauen genoss.

SPD. Das Abkommen zur Neuregelung der Beziehungen zwischen den Krankenkassen und den Aerzten kann erst dann in Kraft treten, wenn alle Beteiligten dem Abkommen zugestimmt haben. Bis jetzt liegt nur die Zustimmung des Verbandes der Ärzte Deutschlands und des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen vor. Die übrigen Kassenverbände werden im Laufe dieser Woche noch Stellung nehmen. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 7. November.

Ob alle Kassenverbände das Abkommen annehmen werden, ist im Augenblick noch ungewiss. Sollte nur die Mehrheit der Beteiligten sich für das Abkommen aussprechen, dann wird vermutlich eine Notverordnung kommen. Diese dürfte aber in ihrem Inhalt kaum etwas anderes bringen als das, was die bereits vorliegende Neuregelung vorsieht.

SPD. London, 3. November (Eig. Drahtb.)

Die am Montag in England stattgefundenen Bezirks- und Landratswahlen spiegeln denselben Stimmungsumschwung wider, der bei den Parlamentwahlen zum Ausdruck kam. Die Labour Party verlor etwa in demselben Verhältnis Stimmen und Sitze an die Konservativen wie bei den Parlamentswahlen. Zahlreiche Stadtverwaltungen gingen in konservative Hände über und zwar auch solche von Industriestädten.

SPD. Die Devisenverluste der Reichsbank haben sich auch in der letzten Oktoberwoche in Grenzen gehalten. Nach dem Bericht der Reichsbank verringerten sich die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen um 12,2 Millionen Mark auf 1275,3 Millionen Mark. Die Verluste entfallen fast gänzlich - die Goldverluste betragen nur 33 000 Mark - auf Devisen, die auf 130,7 Millionen Mark abgenommen haben.

Der Kredit der Reichsbank weitete sich um rund 448,7 Millionen Mark auf 4 351,9 Millionen Mark aus. Der Wechselkredit vergrösserte sich um 342,6 Millionen Mark auf 4 009,5 Millionen Mark und der Lombardkredit um 106,2 Millionen Mark auf 239,5 Millionen Mark. Der Notenumlauf nahm um 383,8 Millionen Mark auf 5 167,2 Millionen Mark zu.

Im Zusammenhang damit verringerte sich die Deckung von 29,4 Prozent in der Vorwoche auf 26,9 Prozent.

SPD. Paris, 3. November (Eig. Drahtb.)

Der französische Ministerpräsident empfing am Dienstag-Nachmittag den deutschen Botschafter in Paris zu einer längeren Unterredung. Ministerpräsident Laval unterrichtete Herrn von Hoesch über seine Aussprache mit dem amerikanischen Staatspräsidenten Hoover. Der deutsche Botschafter gab dem französischen Ministerpräsidenten anschliessend einen Ueberblick über die finanzielle Lage Deutschlands.

Im Anschluss an die zweistündige Unterredung, der u.a. auch Briand beiwohnte, übergab der Ministerpräsident der Presse ein kurzes Kommuniqué, in dem es heisst, dass er den Botschafter über seine Unterredungen mit dem Präsidenten Hoover bezüglich der "Ersetzung des gegenwärtigen Moratoriums durch das normale Regime des Youngplanes" unterrichtet habe.

SPD. Die Schlichtungsverhandlungen für die Reichspostarbeiter brachten am Dienstag einen Schiedsspruch, der einen allgemeinen Lohnabbau von 4 1/2 % vorsieht. Die Stundenlohnsätze werden in den verschiedenen Lohngruppen um 2,3 und 4 Pfennig gekürzt.

Der Spruch soll bereits am 8. November in Kraft treten. Die Neuregelung kann erstmalig zum 31. März 1932 gekündigt werden.

SPD. Halle, 3. November (Eig. Drahtb.)

Die Universität Halle war am Dienstag in den Abendstunden der Schauplatz wüster Studentenrügeleien, wie sie bisher in der Geschichte der Universität skandale wohl einzig dastehen dürften.

Unter Führung der Deutschen Studentenschaft drangen die reaktionären Korporationen geschlossen in die Universität ein, um den Rücktritt des Theologieprofessors Dehn zu erzwingen. Nach vorheriger Verabredung liess man Professor Dehn in Begleitung des Rektors Professor Dr. Aubin unbehelligt und mit schweigender Verachtung in den Hörsaal gelangen, der schon lange vorher von Nazi-Studenten "belegt" war. Kaum waren die Türen geschlossen, als draussen wie drinnen ein wüster Lärm begann. Der erste Vorsitzende der Deutschen Studentenschaft Börner munterte die ohnehin sich wie wild gebärdenden Studenten zu weiteren "Heldentaten" auf. Fast eine Stunde lang hallte die Universität von den Schreien: "Dehn raus, schmeisst ihn raus!" wider. Zwischendurch gröhlte die "nationale" Jugend abwechselnd das Deutschland- und das Horst Wessel-Lied, den Schlachtgesang des Nazi-Mobs. Im Hörsaal wurden Rufe laut: "Fenster raus, Dehn raus!"

Von den ausserhalb des Hörsaales randalierenden Nazistudenten wurden die Türen eingebrochen, sodass sich der Rektor, um den drohenden tätlichen Angriffen auf die Person des Professor Dehn vorzubeugen, schliesslich veranlasst sah, Polizei zu rufen, die ein weiteres Demolieren der Hörsaaltüren verhinderte. Die Räumung der Universität wurde unbegreiflicherweise aber nicht angeordnet. Der Vorsitzende der Deutschen Studentenschaft hielt weiter Reden an den Studentenmob, insbesondere hört man die Worte: "Morgen um 5 Uhr geht es weiter; Professor Dehn wohnt in der Seydlitzstrasse." Infolge des immer toller werdenden Lärmes brach Professor Dehn seine Vorlesung nach einer Stunde ab. Unter dem Schutz der Polizei verliess er dann mit dem Rektor, der gleichzeitig durch Polizei geschützt werden musste, die Universität.

Auf dem Universitätsvorplatz warteten die kommandierten SA-Abteilungen, um die Kommilitonen tatkräftig zu unterstützen. Wäre nicht eine scharfe Kontrolle der Studentenausweise am Universitätsportal vorgenommen worden, so hätten Hitlers "rauhe Kämpfer" sich auch in der Universität betätigt.

SPD. Die vom "Deutschen", dem Berliner Organ der christlichen Gewerkschaften, an Hitler gerichtete Frage über seine Stellung in dem Kampf um die Tarifverträge und die Sozialversicherung, sowie über die Unterstützung seiner Partei durch Arbeitgebergeld ist noch immer nicht eindeutig beantwortet. Statt einer Antwort Hitlers liegt zunächst nur ein langer Artikel von 6 nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten vor, die als Arbeiter und Angestellte zeichnen. Die Antwort dieser Abgeordneten ist ein mehr als dürftiges Gestotter. Sie verweisen auf Hitlers Buch "Mein Kampf", darin würden die Gewerkschaften als Bausteine des künftigen Wirtschaftsparlamentes oder der Ständekammern als notwendig erklärt; Ähnliches gelte auch für die Tarifverträge. Die Sozialversicherung; sei zwar mangelhaft, die Nationalsozialisten hätten aber keine Lust, dem heutigen Regime bei einer Reform zu helfen. Die Frage nach der Unterstützung der Hitlerpartei durch Arbeitgebergeld wird folgendermassen beantwortet: "Die "Vorwärts"-Manier, grundlose Verdächtigungen auszustossen, macht; auch wenn sie vom "Deutschen" übernommen wird, auf uns keinen Eindruck."

Warum nicht: Ja oder nein? Ist es so schwer, die Wahrheit zu sagen?

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Blossen

F R S C H I N T N A C H B E D A R F

Das Vorzimmer des Präsidenten.

SPD. Der nationalsozialistische Landtagspräsident Zörner in Braunschweig richtet sich im braunschweigischen Landtags häuslich ein. Der Präsident des Braunschweigischen Landtages hatte zwanzig Jahre lang kein eigenes Zimmer. Als Herr Zörner Landtagspräsident wurde, wurde dies anders. Herr Zörner bekam ein Zimmer, das für ihn speziell eingerichtet wurde. Dagegen ist nichts einzuwenden. Wenn freilich ein sozialdemokratischer Landtagspräsident ein eigenes Zimmer verlangt haben würde, so hätte die nationalsozialistische Presse über Bonzenwirtschaft und Vergeudung von Staatsgeldern laut geschrien!

Herr Zörner aber war mit diesem Zimmer noch nicht zufrieden. Er fühlt sich als Persönlichkeit des Dritten Reiches als ein Mann, der etwas ist und bedeutet und er braucht deshalb auch wie alle die Herrschaften vom Dritten Reich ein Vorzimmer. Denn es geht nicht an, dass jeder gewöhnliche Bürger das Kretz und Plethi so ohne weiteres in das Zimmer des Herrn Präsidenten hineinlaufen kann, ohne vorher im Vorzimmer ehrfurchtsvoll gewartet zu haben. Der Herr Präsident besorgte sich deshalb sein Vorzimmer oder vielmehr er beschlagnahmte es. Er nahm kurzerhand ein Zimmer in Anspruch, das bisher von der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion benutzt wurde. Er liess es beschlagnahmen, ausräumen, ohne dass ein sozialdemokratischer Abgeordneter zugegen gewesen wäre, kurz er setzte wie ein Hauspascha die Sozialdemokratische Fraktion vor die Tür.

Was aber für die Sozialdemokratische Fraktion gut ist, genügt für den Herrn nationalsozialistischen Landtagspräsidenten noch lange nicht. Herr Zörner liess also das Zimmer nach seinem Geschmack neu herrichten, selbstverständlich auf Staatskosten. Wie würde die nationalsozialistische Presse schreien, wenn ein Sozialdemokrat sich solches geleistet hätte!

Herr Zörner wurde im Ältestenrat des Landtages wegen dieser Geschichte gestellt. Niemand aber wagte es, ihn zu verteidigen. Schliesslich stammelte er, dass er in diesem Zimmer durch eine Hilfskraft auf eigene Kosten seine Arbeit erledigen lassen wolle. Bürgerliche Abgeordnete bedeuteten ihm, dass er seine Privatarbeiten gefälligst zu Hause erledigen solle. Herr Zörner ist einer von den Kleinen, aber die Grossmannssucht, die den Herrschaften vom Dritten Reich zu eigen ist, zeigt er in nicht geringem Masse. Wenn die Herren vom Dritten Reich, die so weit den Mund aufreissen um über Bonzenwirtschaft zu schimpfen, erst zur Macht kommen, dann kann das Volk etwas erleben und - bezahlen!

Unter den Bajonetten der SA.

In Wilster veranstalteten die nationalsozialisten einen SA-Aufmarsch mit Hakenkreuzfahnen und Militärmärschen. In einer Saalversammlung sprach ein gewisser John aus Hamburg. Nach einem Bericht der "Wilster'schen Zeitung" erzählte er den Zuhörern:

"Inzwischen marschiert und wächst die SA und ist ein Machtmittel für den zukünftigen Aussenminister. Dieser wird keine Ausflüge ins Ausland machen, sondern einen höflichen Brief an die Feindbundmächte schreiben, dass die dem deutschen Volke aufgezwungenen Verträge nicht mehr anerkannt werden. Der Friedensvertrag von Versailles wird zerrissen und ein neuer Friedensvertrag wird in Berlin unter den Bajonetten der SA, der SS und der Reichswehr gemacht. Festessen werden dabei nicht veranstaltet, sondern das Essen wird so einfach sein, dass die ausländischen Vertreter sehen werden, so schnell wie möglich an die

heimatlichen Fleischtöpfe zu kommen."

Das ist die Geisteskost, die die Nationalsozialisten in ihrer Propaganda auf dem Lande verzapfen und mit der sie Erfolg haben. Die Offenheit und Keckheit, mit der die Hitler'sche SA dabei als ein Kriegsinstrument, als eine Art von schwarzer Reichswehr bezeichnet wird, könnte gefährlich werden - aber Herr Hitler wird diese Rede selbstverständlich ganz legal abschwören. Wozu hat er die Zerteilung der Agitation in eine Agitation für Herrschaften und eine für Hämmel eingeführt? Der Mann von Wilster hat eben nicht für Politiker, sondern für die Schafherde gesprochen, so wird man sagen. Wir wünschen der SA nicht, dass sie die Bajonette aufpflanzt, denn wir glauben, dass von den Jungen, von denen keiner eine Front von weitem gesehen hat, gar mancher in die Hosen machen würde. Und wenn sie glauben sollte, die Bajonette gegen die Arbeiterschaft aufpflanzen zu können, so wird sie etwas erleben können!

Auch nicht für Herrschaften!

Bei einem Sturmappell der Münchener Hakenkreuzler sprach ein gewisser Herr von Buseck über den Besuch Hitlers bei Hindenburg. Er erzählte eine schöne Legende, die sich ganz mit jener Legende messen kann, mit deren Hilfe die für den grossen Adolf blamable Tatsache verborgen werden soll, dass er im November 1923 auf dem Odeonsplatz in München auf dem Bauche gelegen hat. Der Inhalt der neuesten Legende ist der folgende: Hitler habe zunächst den Sohn Hindenburgs zur Türe hinausgeworfen und dann habe er Hindenburg gesagt: "Wer, Euer Exzellenz, hat den dem deutschen Volk geschworenen Eid gebrochen, ich oder Sie

Hugenbergs repräsentativer Frauentyp.

Die Ufa des Herrn Hugenberg hat den neuen Marlene Dietrich-Film "Flammend Herzen" für Deutschland übernommen. Diese Tatsache hat zu einem Zornausbruch der deutschnationalen Wochenschrift "Der Deutschenspiegel" gegen Hugenberg geführt. "Der Deutschenspiegel" tobt:

"Es blieb dem in Herrn Hugenbergs Scherlverlag sitzenden, dem deutschen Volk allerdings nicht geradezu blutmässig verbundenen Chefredakteur Aros - Alfred Rosenthal - vorbehalten, in einer zu diesem Sternberg - Dietrich-Film in der "Filmwelt" erschienenen Plauderei Marlene Dietrich als "die erste Berlinerin" anzusprechen, der es gelungen ist, sich in der Welt als "repräsentativer Frauentyp" durchzusetzen. Hier handelt es sich nicht mehr um Film-dinge sekundärer Bedeutung, sondern um die prinzipielle Frage, ob einerseits der politische Führer Hugenberg im Parlament auf Tagungen und Versammlungen seinen Willen zum sittlichen und nationalen Aufbau des deutschen Volkes verkünden kann, während andererseits die Ufa gleichzeitig als wirtschaftliches Unternehmen desselben Herrn Hugenberg dem deutschen Volk ausländische volksvergiftende Filme vorführen und Herrn Aros als Chefredakteur in einem Blatt des demselben Herrn Hugenberg gehörigen Scherlverlag die Darstellerin schwüler Erotik als repräsentativen Frauentyp dem nationalen Deutschland empfehlen darf. Das sind Dinge des Geschmacks, über die man nicht debattieren kann, die unseres Erachtens aber der nationalen Sache mehr schaden als hundert vortreffliche Reden gutmachen können."

Warum denn gleich so wild? Geschäft ist Geschäft, und das, was Hugenberg in "Nachtausgabe" und "Lokalanzeiger" an schwül erotischer Kitschlektüre und eindeutigen Inseraten verzapfen lässt, liegt im Grunde genommen in derselben Linie. Das nationale Deutschland hat zu dieser Seite Hugenberg'scher Kulturarbeit bisher fein säuberlich geschwiegen. Warum schreit es jetzt, wenn Hugenberg Marlene Dietrich als repräsentativen Frauentyp des nationalen Deutschland vorstellen lässt?

Aus aller Welt

Enträtselte Maya-Geheimnisse.

Eine Kultur wird ausgegraben - Ruhmestaten archäologischer Forscherarbeit.

SPD. Mexico-City, Ende Oktober (Eig. Ber.)

Es gibt auf der ganzen Welt kaum ein Land, das für die Ausgrabung und Erhaltung der Denkmäler seiner Vergangenheit grössere Beträge aufwendet, als Mexico. Dabei wurden vor noch nicht zu langer Zeit die Tempel und Paläste der Mayazeit, jener bedeutsamen Epoche früh-indischer Hochkultur, dem alles überwuchernden Dschungel überlassen oder von den praktischer denkenden Hacienda-Besitzern als Steinbrüche betrachtet, aus denen man den Bedarf an Baumaterial für Mauern und Häuser deckte. Ja, es ereignete sich sogar, dass Blöcke aus Maya-Ruinen in Kalköfen wanderten. Viele hunderte Kunstschätze sehr bedeutenden Wertes gingen so verloren oder wurden aus Mexico ausgeführt und an die Museen Europas oder der Vereinigten Staaten verkauft.

Mit der Revolution, die die Herrschaft Porfirio Diaz' endete (1911), trat ein völliger Wandel ein. Heute stellt der Versuch, Gegenstände der mexikanischen Vorzeit aus dem Lande zu schmuggeln, einen strenggeahndeten Verstoss gegen die Gesetzgebung Mexicos dar. Viele Kräfte sind jetzt am Werke, die Hauptstadt des Maya-Reiches zu neuem Leben erstehen zu lassen. Die Ausgrabungen des gewaltigen Kriegertempels und der verblüffend modern wirkenden Maya-Sternwarte gehören zu den Ruhmestaten archäologischer Forscherarbeit.

Der Tempel des Ku Kul Kan.

Zur Zeit sind die Mexikaner dabei, das Castillo, den beherrschenden Bau im Weichbild der Mayastadt Chichen-Itza wiederherzustellen. Das Castillo ist eine fünfundzwanzig Meter hohe Steinpyramide mit einem auf ihrer Spitze aufgebauten massiven steinernen Tempel zu Ehren des vergöttlichten Führers Ku Kul Kan. Nach der Ueberlieferung war Ku Kul Kan als Führer der Armee eines feindlichen Volkes, von den Mayas gefangengenommen und als Opfer in den "Heiligen Brunnen" geworfen worden. Da er, als die Sonne am höchsten stand, noch nicht ertrunken war, zogen ihn die Mayapriester aus dem Wasser und verkündeten dass der Regengott sein Opfer begnadigt und zu seinem Stellvertreter auf Erden ausersehen habe. So wurde aus dem Gefangenen der Prophet und Führer der Mayas.

Der Bau ist soweit wieder hergestellt, als es die ursprünglichen Steine gestatten. Das Innere des Tempels liefert einen deutlichen Beweis für die Dauerhaftigkeit der verwendeten Baumaterialien. Die in das Holz geschnitzten Inschriften sind noch scharf und deutlich.

Das "Stadion".

Nach dem Wiederaufbau des Tempels Ku Kul Kans wird das "Mexikanische Staatsamt für Archäologie" seine Aufmerksamkeit dem sogenannten Ballhof von Chichen-Itza zuwenden, einem rechteckigen Feld, ausgedehnt genug für ein modernes Fussballmatch und auf allen vier Seiten von massiven Steinbauten eingefasst. Die Seitenmauern sind etwa 10 Meter dick und tragen die Ueberreste von Terrassen, Sitzen für die Zuschauer und Tempeln.

Die Altertumsforscher nehmen an, dass dieses Station der Ausübung des Spieles "Tlachtli" gewidmet war, von dem wir genaue Beschreibungen besitzen. Das Spiel stellte die Aufgabe, einen Gummiball durch eine Reihe von Ringen zu treiben - und einer der Ringe, eine steinerne Scheibe von 1,3 Metern Durchmesser mit einer Oeffnung in der Mitte, ist an der östlichen Mauer des Ballplatzes noch erhalten. Ein anderer Ring wurde unter den abgebröckelten Stei-

nen, dicht mit Schlinggewächs und Erde bedeckt, vorgefunden.

Dieser Ballhof muss lange vor dem Tempel Ku Kul Kans entstanden sein, der vielleicht nicht älter als 900 Jahre ist. Aber die unmittelbare Nachbarschaft des "Heiligen Brunnens" legt die Vermutung nahe, dass der Ort, auf dem er erbaut ist, schon von altersher von Bedeutung und wahrscheinlich seit Gründung der Stadt geheiligt war; es ist sehr wahrscheinlich, dass sich unterhalb dieses Bauwerkes historische Denkmäler aus der frühesten Mayazeit befinden. Die Mayas erbauten ja zumeist ihre Tempel oberhalb anderer Gebäude, die inzwischen ihre Bedeutung eingebüsst hatten.

Der Heilige Brunnen.

Der Heilige Brunnen befindet sich unmittelbar nördlich von dem sogenannten "Castillo". Man sieht heute noch deutlich die Ueberreste einer gepflasterten Strasse, die von den Stufen des Castillo bis zu der am Rande des Brunnens angebrachten steinernen Plattform führt. Kein Zweifel, dass diese Strasse einstmals dicht belebt war von Wallfahrern, die zum Heiligen Brunnen pilgerten.

Der Brunnen selbst - ein kreisförmiges Wasserloch, 54 Meter im Durchmesser und etwa 50 Meter tief - beschäftigt seit langem intensiv die Forscherbegierde der Archäologen. Es ist bekannt, dass hier dem Regengotte Menschenopfer dargebracht worden sind, ebenso wie Gold-, Jade- und Kupfertribute; denn Gold, Edelsteine und Kupfer sind ebenso wie menschliche Knochen aus dem Brunnen herausgeholt worden. Schon vor 20 Jahren hat man die Trockenlegung des Heiligen Brunnens versucht. Die mexikanische Regierung denkt daran, diesen Versuch mit modernen Hilfsmitteln jetzt wiederaufzunehmen. Die Trockenlegung bietet zufolge der sehr beträchtlichen Ausdehnung und Tiefe des Brunnens und der steilen Brunnenwände von einer Höhe von 18 Metern über dem Wasserspiegel gewaltige Schwierigkeiten. Man hat die Verwendung von Taucherglocken vorgeschlagen. Die Ergebnisse würden sicher die Mühe lohnen. Denn es besteht kein Zweifel, dass auf dem Grunde des Brunnens viele Jahrhunderte alte historische Kunstschätze und die Weihgeschenke zahlloser Generationen von Anbetern des Regengottes liegen. Vielleicht liegt hier auch der langgesuchte, geheimnisvolle Schlüssel zur Enträtselung der Maya-Urzeit begraben.

+

Niemand, der die Maya-Denkmäler betrachtet hat, kann sich eines Gefühls der Erschütterung und der Bewunderung enthalten, der Bewunderung für jene Baumeister, die auf dem Schlammgrund des Dschungels solch überwältigend-schöne Bauten errichtet haben. Die Eingeborenen der Halbinsel Yucatan haben ein Recht, stolz zu sein auf ihre Ahnen, die solche unsterbliche Werke geschaffen haben, während es unter dem milden Klima Nordamerikas nicht einmal Ansätze zu einer Architektur, Kunst oder Wissenschaft, ja nicht einmal feste Siedlungen gab. Ozymandias, der grosse Baumeister der Mayas, hat hier gewirkt und wir sind nicht einmal imstande, sein Signum zu entziffern. Aber sein unsterbliches Werk überdauert die Jahrhunderte.

K.

+

+

+

Neuer Sklarek-Krach. In der Dienstag-Sitzung des Berliner Sklarek-Prozesses kam die am 4. April 1929 beschlossene Verlängerung des Sklarek-Monopolvertrages mit der Stadt Berlin bis zum Juli 1935 zur Brörterung. Die Brüder Sklarek setzten diese Verlängerung durch, weil sie der Stadt Berlin gegenüber geltend gemacht hatten, dass sie durch den wegen eines Strassendurchbruchs notwendig gewordenen Abbruch eines ihrer Häuser schwer geschädigt worden seien. Der Vertrag bestimmt das alleinige Lieferungsrecht der Firma Sklarek für Textilien und Schuhwaren an die Stadt Berlin. Für den Magistrat hat der Angeklagte frühere Stadtrat Gaebel den Vertrag abgeschlossen. Als der Vorsitzende den Angeklagten fragt, ob bei diesem Abschluss nicht andere Gründe als rein sachliche eine Rolle gespielt hätten, bekommt Gaebel einen roten K. P. springt auf, schreit den Vorsitzenden an und erleidet schliesslich einen regelrechten

Nervenzusammenbruch. Als er wieder etwas zu sich gekommen ist, verwehrt er sich dagegen, dass ihn der Vorsitzende in seiner Verteidigung beschränke. Der angegriffene Amtsgerichtsrat Kestner erklärt hierauf, dass es seine Sache sei, den Lauf der Verhandlung zu bestimmen. Gaebel erwidert sehr erregt, auch die Verteidiger mischen sich ein, ein scharfes Wort gibt das andere. Es kommt zu einem wilden Durcheinander. Schliesslich entzieht der Vorsitzende dem angeklagten Stadtrat Gaebel und seinem Verteidiger das Wort. Nach einer Pause erklärt Gaebel, dass er sich zum Abschluss des Monopolvertrags für berechtigt gehalten habe. - Dem angeklagten früheren Bürgermeister Schneider wird Begünstigung der Klareks bei einem Grundstücksankauf vorgeworfen. Auch Schneider bestreitet jede Schuld.

+ + +
Brüder Sass verhaftet! Wegen dringenden Tatverdachts des Münzverbrechens wurden von der Berliner Polizei die bekannten Brüder Erich und Franz Sass, die seinerzeit unter dem schweren Verdacht des Bankraubs am Wittenbergplatz standen, in Haft genommen. Bei einer Haussuchung in der Wohnung der Eltern der Brüder in Berlin-Moabit sind zahlreiche Geräte vorgefunden und vorläufig beschlagnahmt worden, die scheinbar zur Herstellung falscher Zehnmarkscheine gedient haben. Vor dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium haben die Brüder Sass zuerst ihre Aussage verweigert; später bestritten sie jede Schuld. Die Anzeige gegen sie war durch einen Klischeefabrikanten in Charlottenburg erfolgt, bei dem die Brüder ein Klischee zur Nachbildung eines Teilstücks der im Umlauf befindlichen Zehnmarkscheine bestellt hatten. Der Leiter des für die Falschgeldstelle der Reichsbank tätigen Ueberwachungsinstituts stellte Erich und Franz Sass als sie dort Klischees aus der Stempelfabrik abholen wollten.

+ + +
Panik in der Kirche. In einer Kirche in Palermo brach während des Gottesdienstes aus unbekannter Ursache eine Panik aus. Viele Menschen wurden zu Boden geworfen. Eine Frau und ein Kind wurden getötet, hundert Personen erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

+ + +
Gasexplosion in Prag. In dem Prager Vorort Wrchovice wurde durch eine Gasexplosion das 4. und 5. Stockwerk eines Hauses zerstört. Das Unglück forderte 4 Verletzte.

+ + +
Schliessung der Todesfabrik. Auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung wird in den nächsten Tagen die chemische Fabrik in Engis (Provinz Lüttich-Maastal), durch deren ausströmende Giftgase im Herbst vorigen Jahres mehrere Menschen ums Leben kamen, geschlossen werden.

+ + +
Todesurteil. Das Standgericht in Gyulan (Ungarn) verurteilte den 24-jährigen Bauernknecht Laci, der einen Zug dadurch zum Entgleisen bringen wollte, dass er ein Eisenrohr über die Schienen legte, zum Tode durch den Strang. Laci gab als Motiv der Tat an, er habe sich dafür rächen wollen, dass er aus Geldmangel die Eisenbahn nicht benutzen konnte; er habe täglich den weiten Weg zu seiner Arbeitsstelle zu Fuss zurücklegen müssen. Wahrscheinlich wird Laci zu Kerker begnadigt werden.

+ + +
Lebendig begraben. Vor dem Neuseeländischen Obersten Gerichtshof wird demnächst ein 25-jähriger Mann zu verantworten haben, der beschuldigt wird, seine 17-jährige Geliebte entführt und in einem sumpfigen Gelände lebendig begraben zu haben. Die Anklage stützt sich auf das Ergebnis der Obduktion der Leiche.



Schliesst euch zusammen.

Zur Werbeaktion der Konsumgenossenschaften.

SPD. Nur wer sich selbst aufgibt, geht verloren. Gelingt es, den minderbemittelten Schichten des deutschen Volkes in den kommenden Wintermonaten die Lebensführung in einem erträglichen Mass zu erleichtern, dann ist vieles, dann ist alles gewonnen.

Als wichtige Stützen der arbeitnehmenden Verbraucher haben sich besonders in den Zeiten der Not die Konsumgenossenschaften erwiesen. Sie verdanken ja ihr Dasein der wirtschaftlichen Bedrängnis der Verbraucher. Darum fühlen sie sich auch verpflichtet, ihre Güterversorgungseinrichtungen den vermögenslosen Verbrauchern in den Zeitläuften der zunehmenden Verarmung mehr noch als sonst zur Benutzung anzubieten. Die Konsumgenossenschaften können und dürfen dies mit gutem Gewissen tun, weil sie hundertfältig bewiesen haben, dass ihr Wirken nur dem Nutzen und Wohle ihrer Mitglieder, die doch die Besitzer der Konsumgenossenschaftlichen Betriebe sind, dient. Die Konsumgenossenschaften verbilligen ihren Mitgliedern die Lebenshaltung in einer sehr spürbaren Weise. Das weiss jede Hausfrau, die einmal einen Vergleich zwischen den Preisen und der Güte der von den Konsumgenossenschaften und vom Einzelhandel belieferten Bedarfsgüter gezogen hat. Je kärglicher das Einkommen der Verbraucher ist, desto stärker sollte deshalb der Drang zum Anschluss an die Konsumgenossenschaftlichen Gemeinschaften sein.

Schon jetzt haben sich die Konsumgenossenschaften ein recht ansehnliches Versorgungsgebiet erschlossen. Das Stück Verbraucherwirtschaft, das die deutschen Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes inmitten der kapitalistischen Wirtschaft errichteten, wird von 3 Millionen Verbraucherfamilien getragen und gefördert. Aus freien Stücken haben sich die in dieser Gemeinschaft vereinigten Haushaltungen zusammengeschlossen. Sechs Millionen Väter und Mütter haben erkannt, dass die gemeinsame Güterversorgung für sie, für ihre Kinder und für alle anderen deutschen Verbraucher eine Notwendigkeit bedeutet. Die Mitglieder der Konsumgenossenschaften wollen nicht nur sich selbst, sondern auch anderen helfen. Sie eifern und kämpfen für die Ausbreitung des Konsumgenossenschaftlichen Gemeinschaftsgedankens. Sie werben für den Anschluss der abseitsstehenden Verbraucher an die Konsumgenossenschaftsbewegung. Sie sind die Jünger und Apostel einer besseren Wirtschaftswelt. Weder Lob noch Lohn winkt ihnen. Sie werben in dem Bewusstsein, der Menschheit einen Dienst zu erweisen, wenn sie das eigene Wirtschaftsreich der Verbraucher vergrössern helfen. Dieses Bewusstsein, diese Ueberzeugung sind für sie der Lohn, der reichlich lohnet.

Die Konsumgenossenschaften wollen allen Verbrauchern das harte Los der durch die wirtschaftliche Ungunst hervorgerufenen Verarmung erleichtern helfen. Jeder Verbraucher, der an der Schaffung einer gerechteren Wirtschaftswelt mitarbeiten will, ist als Mitglied der Konsumgenossenschaften willkommen. Dabei bieten weder religiöse noch parteipolitische Unterschiede ein Hindernis. Für die Befriedigung des uneingeschränkten Eigennutzes und der hemmungslosen Selbstsucht ist jedoch in der Konsumgenossenschaftsbewegung kein Raum. Sie wehrt vielmehr mit allen Kräften der wirtschaftlichen Ausbeutung der Schwachen. Das Banner der Konsumgenossenschaftsbewegung ist die Fahne der Brüderlichkeit und der Gerechtigkeit, das Wahrzeichen des Friedens.

Die Not der Verbraucher ist gross. Nicht weniger gross und wichtig ist das Gebot, den Kreis der Mitglieder, also der Träger der Konsumgenossenschaften zu erweitern. Aus Anlass der für die zweite Woche des Monats November 1931 in Aussicht stehenden konsumgenossenschaftlichen Reichswerbwoche richtet der Zentralverband deutscher Konsumvereine e.V. in Hamburg an die ihm noch fernstehenden Verbraucher die Aufforderung zur Vollziehung des Anschlusses an die Verbraucherbewegung, also zur Erwerbung der Mitgliedschaft in einer Konsumgenossenschaft des Zentralverbandes. Die Aufforderung ergeht an alle Verbraucher in Stadt und Land. Ein jeder soll der Vorteile der konsumgenossenschaftlichen Bedarfsversorgung teilhaftig werden. Ein jeder soll bewahrt werden vor der völligen wirtschaftlichen Verelendung. Ein jeder soll geschützt werden vor dem Profitstreben der auf die Gewinnerzielung bedachten Wirtschaftsgruppen. Darum gilt allen der Ruf: "Schliesst Euch zusammen, denn nur vereint könnt ihr die Not der Zeiten bannen!"

Vollrath Kleppzig.

SPD. Das Reichsernährungsministerium nimmt in einem Communiqué zu der vom Institut für Landwirtschaftliche Marktforschung aufgestellten Getreidebilanz Stellung. In dieser Bilanz ist auf die Erschöpfung der Vorräte bei Mühlen und Handel, auf den verhältnismässig schlechten Ausfall der Getreideernte hingewiesen und die Einfuhr von 3 Millionen Tonnen Futtergetreide und knapp eine Million Tonnen Brotgetreide für notwendig erachtet worden. Reichsernährungsminister Schiele gibt die Notwendigkeit einer Einfuhr von 500 000 Tonnen Weizen zu. Dagegen behauptet er, dass für Roggen überhaupt keine Einfuhrnotwendigkeit besteht. Auch sei nicht richtig, dass das Futtergetreide knapp geworden wäre, weil die Preisentwicklung das Gegenteil beweise. Falsch sei überhaupt, den Futtermittelbestand nach der Schweinehaltung zu berechnen, im Gegenteil, die Viehhaltung in Deutschland müsste sich nach den verfügbaren Futtermitteln richten. Unter diesem Gesichtspunkt aber seien jetzt 5 Millionen Schweine zu viel da und ihre Abschachtung im Interesse einer Erhöhung der niedrigen Schweine- und Rindviehpreise durchaus richtig.

Demgegenüber ist festzustellen, dass infolge der verminderten Roggenanbaufläche und aufgrund des Ausfalls der Roggenernte auf keinen Fall mehr als eine Million Tonnen Roggen verfüttert werden darf, wenn die inländische Ernte zur Deckung des Roggenbedarfs ausreichen soll. Es ist aber anzunehmen, dass 1,5 Millionen Tonnen Roggen überhaupt garnicht mahlfähig sind, sodass der Mahlroggen sehr knapp wird. Die Preisentwicklung für Roggen im letzten Monat beweist die Richtigkeit dieser Annahme. Roggen notiert heute in Berlin bereits 200 Mark.

Ausserdem müssen auch die Preise für Futtergetreide niedrig gehalten werden, um jede überflüssige Roggenverfütterung zu vermeiden. Das ist nur möglich durch eine Beleichterung der Gerste- und Maiseinfuhr. Gerade hahnebüchen ist aber die Forderung Schieles, dass die Viehhaltung sich nach den verfügbaren einheimischen Futtermitteln richten soll. Was sollen bei dieser Politik nur die Bauern machen, die schon ihre Ferkel im Stalle haben und sie zur Mast aufziehen wollen? Dem Grossagrariar Schiele ist das natürlich gleichgültig. Wenn es nach ihm geht, können die Bauern ihre Ferkel totschiessen. Auch ist es für einen "Reichsernährungsminister" allerhand, in Zeiten der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit und in Zeiten des Lohnabbaues die Fleischpreise in die Höhe treiben zu wollen. Erst unterbindet Herr Schiele die Einfuhr von hochwertigem und billigem Gefrierfleisch; jetzt will er auch noch die verhältnismässig billigen Schweinefleischpreise in die Höhe treiben.

Das Communiqué Schieles muss deshalb aufs schärfste zurückgewiesen werden. Jede Preistreiberei ist in dieser Zeit geradezu ein Verbrechen und es ist notwendig, dass mit allen Mitteln eine weitere Steigerung der Getreide-

preise verhindert wird. Die Forderungen der Sozialdemokratie, durch Erleichterung der Futtergetreideeinfuhr eine weitere Preissteigerung zu verhindern und die Lage der Bauernwirtschaften zu verbessern, müssen von der Reichsregierung, wenn sie das oft von ihr im Munde geführte "Verantwortungsgefühl" in die Tat umsetzen will, erfüllt werden.

SPD. Nach einer New Yorker Meldung ist den Dupont-Industriewerken die Produktion von synthetischem Gummi (aus "Azetylen-Salzmasse") gelungen. Man nennt das neue Produkt "Dupone". Es soll ausserordentlich widerstandsfähig sein. Mit der kommerziellen Herstellung ist bereits begonnen worden.

Synthetisches, d.h. künstliches Gummi ist nichts Neues. An dem Problem, synthetisches Gummi herzustellen, arbeitet man in Deutschland schon seit der Vorkriegszeit. Seit Jahren hat sich auch die I.G. Farbenindustrie der Angelegenheit angenommen. Die Laboratoriumsversuche sollen dort abgeschlossen sein. Man behauptet auch, dass man den Fabrikationsprozess im grossen durchführen kann. Anscheinend ist aber die Herstellung von synthetischem Gummi angesichts der niedrigen Gummipreise, die auf einen Bruchteil der Friedenspreise gefallen sind, nicht lohnend. Auch in Amerika wird man wohl die Patente für synthetisches Gummi solange in den Tresors verschlossen halten, bis die Gummipreise ihre rentable Ausnutzung möglich machen.

Berliner Viehmarkt.

(3. November.)

SPD. Die reichlichen Zufuhren, die schon am letzten Markt auf die Preise drückten, hielten auch am Dienstag an. Der Preisabschlag am Kälber-, Mammel- und Schweinemarkt setzte sich fort. Der Schweinemarkt konnte bei nachgebenden Preisen geräumt werden.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) = (-), b) (240-300 Pfd.) 44 - 46 (48-50), c) (200-240 Pfd.) 42 - 45 (45-48), d) (160-200 Pfd.) 38 - 42 (41-45), e) (120-160 Pfd.) 35-37 (38-40), Sauen 38-39 (40-43). Schafe: a) (30-33), b) 35-39 (35-38), c) 26-33 (28-33), d) 20-25 (18-24). Kälber: b) 58 - 67 (60-68), c) 40-60 (40-60), d) 20-33 (23-35). Kühe: a) 24-28 (25-30) b) 18-23 (20-24), c) 15-17 (16-18), d) 12-14 (12-15).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 3. November. Amtliche Notierung ab Erzeugung, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 114, II. 104; abfallende Sorten 90 RM. Tendenz: ruhig.

Getreideverknappung - Steigender Preis.

(Berliner Getreidebörse vom 3.11.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse hielt die Aufwärtsbewegung am Dienstag in allen Marktgebieten an. Selbst die Befristung der Zinsverbilligung für die Kredite zur Erntefinanzierung bis zum 7. November blieb ohne grösseren Einfluss. Das Angebot in Brotgetreide war vielmehr nach wie vor äusserst knapp während der Handel und die Mühlen gute Nachfrage zeigten. Die Preise am Promptmarkt setzten infolgedessen um etwa 2 Mark höher ein. Der Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte schloss sich dieser Bewegung an, zumal die Hausse an den internationalen Märkten ebenfalls anhält. Roggen und Weizen stellten sich bis zu 2½ Mark, Hafer sogar bis 4½ Mark höher. Auch die Preise für Weizen- und Roggenmehl waren diesen Steigerungen entsprechend kräftig erhöht, doch zeigte der Konsum nur zögernd Neigung, diese Offerte zu bewilligen. Auch Gerste war knapp angeboten und bis zu 3 Mark fester.

| | <u>2. November</u> | <u>3. November</u> |
|--|---------------------------------|--------------------|
| | (ab märkische Station in Mark.) | |
| Weizen | 224 - 227 | 227 - 230 |
| Roggen | 196 - 198 | 198 - 200 |
| Braugerste | 172 - 175 | 175 - 178 |
| Futter- und Industriergerste | 166 - 171 | 170 - 177 |
| Hafer | 148½ - 154½ | 151 - 157 |
| Weizenmehl | 28,25 - 32,75 | 28,50 - 33,00 |
| Roggenmehl | 27,75 - 29,75 | 28,00 - 30,00 |
| Weizenkleie | 10,50 - 10,75 | 10,50 - 11,00 |
| Roggenkleie | 10,00 - 10,50 | 10,25 - 10,75 |
| <u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen Dezember 241 - 241½, März 252. Roggen Dezember 209-209½, März 214½. Hafer Dezember 168-169½, März 180 - 180½. | | |

Rauhfutternotierung.

| | | |
|---|-------------------|-----------------|
| Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) | RM | 0,75 - 0,95 |
| " " Weizenstroh " | RM | 0,55 - 0,70 |
| " " Haferstroh " | RM | 0,65 - 0,80 |
| " " Gerstenstroh " | RM | 0,60 - 0,75 |
| Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt | RM | 0,65 - 0,90 |
| Bindfadengepresstes Roggenstroh | RM | 0,50 - 0,70 |
| " " Weizenstroh | RM | 0,45 - 0,60 |
| Häcksel | RM | 1,25 - 1,45 |
| | Tendenz behauptet | |
| Handelsübliches Heu, gesund und trocken | RM | 1,30 - 1,60 |
| Gutes Heu, gesund und trocken | RM | 1,80 - 2,20 |
| Luzerne, lose | RM | 2,40 - 2,70 |
| Thymothee, lose | RM | 2,35 - 2,65 |
| Kleeheu, lose | RM | 2,25 - 2,55 |
| Mielitz=Heu, lose rein | RM | - |
| Drahtgepresstes Heu | RM | 0,30 über Notiz |
| | Tendenz ruhig. | |



Ist Treue ein leerer Wahn?

Zum Kampf der Bauarbeiter um ihren Tarifvertrag.

SPD. Im Baugewerbe spielt sich zur Zeit ein bedeutungsvoller Kampf ab. Kein Kampf, der wie ein Streik oder eine Aussperrung weithin sichtbar nach aussen in Erscheinung tritt, sondern ein Ringen in der Stille, aber ein erhitertes Ringen. Der Schauplatz dieses Kampfes ist das Reichsarbeitsministerium und das Kampfobjekt der Tarifvertragsgedanke. Die Bauarbeiter kämpfen in diesem Kampf gegen zwei Fronten: gegen die Unternehmer und gegen das Ministerium, denn diese beiden fechten in gleicher Richtung. Die Unternehmer wollen vom Tarifvertrag los und das Ministerium will den Tarifvertrag der Bauarbeiter lösen. Die Unternehmer glauben, leichtes Spiel zu haben. Sie glauben, die Öffentlichkeit sei durch den Trugschluss, von einem erneuten Lohnabbau eine Belebung der Bautätigkeit zu erwarten, genügend aufgeputscht. Sie halten die Bauarbeiter für isoliert und müde und darum für ein geeignetes Objekt, für eine Kraftprobe im Kampf um den Tarifvertrag.

Das Ministerium will die Bauarbeiterlöhne auf eine neue vertragliche Grundlage stellen, obwohl sie bis zum 2. März tarifvertraglich geregelt sind und der Sinn der zum Zweck eines Bruchs des Tarifvertrags von den Unternehmern missbrauchten Protokollnotiz war und ist, dass nur im Fall des Fehlens der Allgemeinverbindlichkeit an einzelnen Orten oder Gebieten erneut verhandelt werden kann. In den dieser Tage im Ministerium stattgefundenen neuen Besprechungen haben die Arbeiterverbände noch einmal mit aller Klarheit ihren Standpunkt dargelegt. Sie seien zu allen Zeiten tariftreu gewesen. Sie hätten die Friedenspflicht auch dann gehalten, wenn zeitweilig oder vorübergehend Bewegungsfreiheit vielleicht grössere Vorteile gebracht hätte. Der gleichen Pflicht unterlägen nunmehr auch die Unternehmer. Das Reichsarbeitsministerium habe zu beweisen, ob Treu und Glauben noch Geltung haben oder ob ein Vertrauensbruch schlimmster Art begangen werden soll.

Die Unternehmer wollen den Bruch des Tarifvertrages. Eindeutig erklärten ihre Vertreter, es sei ihr Wille, unter allen Umständen von den Tariflöhnen loszukommen. Der Wahn, durch Lohnabbau die Wirtschaft zu sanieren, hält sie noch immer gefangen, und augenscheinlich hoffen sie auf Hilfe vom Wirtschaftsbeirat. Mit der berüchtigten Formel der Kriegszeit "Not kennt kein Gebot" wollen sie, kurzsichtig und verblendet, wieder alles zerschlagen, was zur Sicherung des sozialen Friedens seit 10 Jahren mühsam aufgebaut worden ist. Sie wollen den Rechtsgedanken zertreten und die Ordnung der Arbeitsverhältnisse wieder wie früher nur durch den Machtkampf regeln, weil sie sich jetzt stark und mächtig fühlen. Das Faustrecht ist ihr Ideal.

Selbstverständlich wollen die Bezirks- und Unterbezirksorgane der Unternehmerverbände in der Provinz vor den "Berlinern", d.h. vor den zentralen Leitungen nicht zurückstehen. Im Gegenteil: sie wollen den "Berlinern" zeigen, dass sie viel weniger "schlapp" sind. Daher wird mit dem Austritt aus der Zentralorganisation gedroht, wobei man nebenbei damit rechnet, durch den Austritt Straffreiheit zu gewinnen und von den Bestimmungen der Tarifverträge loszukommen, obgleich man die Rechtsgültigkeit der Verträge mit seiner eigenen Unterschrift anerkannt hat. In Ostpreussen soll nach dem Willen der Unternehmer die Löhne für Facharbeiter um 18 bis 32 % gesenkt werden, für Hilfsarbeiter noch tiefer. In Pommern verlangt man "nur" einen Abbau von 25 %, in Schlesien

einen um 26 bis 41 %, in Brandenburg einen Abbau bis zu 25 %. In Sachsen-Anhalt fordern die Unternehmer einen Abbau von 30 bis 50%. In Baden will man bis Weihnachten gnädigst den Lohn vom 1. Juli 1914 mit einigen Prozent Aufschlag zugestehen und als Neujahrgeschenk dann eine weitere Lohnabbauforderung den Bauarbeitern überreichen. In der Pfalz fordern die Unternehmer 40 % Lohnabbau. Bayern will sich mit 30 % "begnügen". Das Trommelfeuer gegen die Bauarbeiter ist also im vollen Gang. Der Angriff übertrifft an Rücksichtslosigkeit, alles, was man bisher erlebte.

Die Bauarbeiter kämpfen um die Frage, ob künftig Tarifverträge noch gehalten werden oder nicht. Sie kämpfen um die Erhaltung der Grundrechte der Arbeiter, um die Erhaltung des Kollektivarbeitsvertrags, der einzig und allein den Arbeitern erst die Möglichkeit gibt, sich gegenüber dem Kapitalismus zu behaupten. Nicht nur den Bauarbeitern - allen Arbeitern muss das, was sich jetzt im Baugewerbe abspielt, zu denken geben.

Der Kampf im Baugewerbe ist die Einleitung zu dem Entscheidungskampf in der Tarifffrage. Er erfordert eine geschlossene gewerkschaftliche Arbeiterfront. Nur eine solche starke Front kann dem Ansturm stand halten und das Arbeitsministerium wieder auf die richtige Bahn bringen.

SPD. Deutschland scheint in diesem Winter alles andere als ein Wintermärchen zu werden. Manchen Leuten geht es ja noch nicht stürmisch genug zu. Anders lässt sich der Ruf nach Beseitigung der Arbeitslosenversicherung nicht erklären. Nach dem Landgemeindetag hat nun auch der Vorstand des Reichsstädtebundes sich in seiner letzten Sitzung dafür ausgesprochen, dass eine vorübergehende Aufhebung der Arbeitslosenversicherung erfolge.

Die Scharfmacherpresse nimmt davon mit Befriedigung Kenntnis. Das wundert uns nicht; denn das Ziel der Schwerindustrie ist, wie ihre Führer offen zugeben, die Beseitigung des Rechtsanspruchs auf Hilfe nicht nur in der Arbeitslosenversicherung, sondern in der Sozialversicherung überhaupt.

Leute, die jetzt, ausgerechnet jetzt, mit dem Irrsinn einer Aufhebung der Arbeitslosenversicherung kommen, sind nur schwer zu belehren. Trotzdem wagen wir einen solchen Versuch. Wir machen sie auf Folgendes aufmerksam: Mit einer Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in eine Erwerbslosenfürsorge kann praktisch nicht viel gespart werden, weil ja die grosse Masse der Arbeitslosen von der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge betreut wird. Zu einem übertriebenen Pessimismus besteht keine Veranlassung. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt deutlich, dass von 6 Millionen Arbeitslosen, die für den Winter prophezeit wurden, kaum die Rede sein kann. Die Finanzgrundlage der Arbeitslosenversicherung ist zurzeit durchaus gesund, wenn wir auch nicht übersehen wollen, dass diese Gesundheit mit neuen Opfern der Arbeitslosen erkaufte worden ist. Die Versicherung ist zurzeit dabei, einen Notstock für die schwierigen Monate Januar und Februar anzusammeln. Sie braucht diesen Notstock, weil sie dann ohne fremde Hilfe auskommen soll. Aller Voraussicht nach wird sie auch auskommen; denn die Unterstützungsdauer in der Versicherung ist gekürzt worden und der Beitrag beträgt nach wie vor 6½%, obwohl die Zahl der von der Versicherung betreuten Arbeitslosen stark gesunken ist. Irgendwelche sachlichen Gründe zur Aufhebung der Arbeitslosenversicherung bestehen also nicht, und der Reichsarbeitsminister denkt nach unserer Kenntnis auch nicht an eine solche Aufhebung. Wozu also fortwährend diese törichte Forderung, die Arbeitslosenversicherung abzuschaffen? Was will man damit? Will man die Arbeitslosen noch mehr alarmieren und aufputschen? Will man das Pulverfass künstlich zur Explosion bringen? Will man Deutschland - nur aus Verbohrtheit - in den Abgrund stürzen?

Das Allertollste, was sich die Herrschaften, die die Arbeitslosenversicherung beseitigen wollen, leisten, ist ihr Hinweis auf das Ausland. Sie bringen fertig, zu erklären, dass die Forderung auf Aufhebung der Arbeitslosenver-

sicherung schon darum erhoben werden müsse, weil "vermutlich unsere ausländischen Gläubiger für die Verlängerung des Stillhalteabkommens eine ähnliche Forderung geltend machen würden."

Diese Vermuterei ist eine ganz erbärmliche Schurkerei. Mit Recht erklärt der "Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften, diesen Hinweis auf das Ausland als "Gipfel nationaler Würdelosigkeit." Bewusst lenke man hier die Aufmerksamkeit des Auslandes auf einen sozialen Fortschritt, der im Grunde genommen eine Selbstverständlichkeit - ein durch jahrelange Beitragszahlung sauer erworbener Anspruch der Arbeitnehmer - sei. Man lege den Vertretern des Auslandes die Forderung nach seinem Abbau in den Mund, um eine billige Ersparnis auf Kosten des Notleidenden im Volke, des Arbeitslosen zu machen. "Das erinnert" - so erklärt das christliche Gewerkschaftsorgan - "stark an jenen nationalen Verrat gewisser Arbeitgeberkreise, die wiederholt auch dem Ausland die Forderung nach dem Abbau der überhöhten deutschen Lebenshaltung als Begründung für die Reparationsunfähigkeit des deutschen Volkes in den Mund legten. Für eine derartige Preisgabe nationaler und sozialer Interessen kann kein Wort der Verurteilung zu stark sein."

Zerschlagt nur auch noch die Arbeitslosenversicherung, zerschlagt sie nur! Wenn es nicht anders sein soll, wenn wirklich alles erst ruiniert werden muss, bevor das Dritte Reich wie ein "Phönix aus der Asche" emporsteigt - nun schön, zerschlagt auch noch den letzten Halt des Arbeitslosenschutzes! Verwandelt die Arbeitsämter in Bettelsuppenküchen! Aber wundert Euch nicht, wenn Euch eines Tages die Bettelsuppe ins Gesicht fliegt.

Nur zu, Ihr Herren, werft den Funken ins Pulverfass!

SPD. Für die Textilindustrie Aachen wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine Verlängerung der Geltungsdauer der bisherigen Löhne um zweieinhalb Monate vorsieht. Der Spruch wurde verbindlich erklärt.

SPD. Für die Reichswasserstrassenarbeiter ist ein Schiedsspruch gefällt worden, wonach die Löhne folgendermassen gekürzt werden sollen: bis zu 62 Pfennig um 1 Pfennig, von 63 bis 72 um 2 Pfennig, von 73 bis 92 um 3 Pfennig, von 93 bis 99 um 4 Pfennig und bei über 100 und mehr um 5 Pfennig. Ausserdem soll der Beköstigungszuschlag für Schiffabesatzungen von 1,15 Mark auf 1 Mark und die Streckenzulage für Unterhaltungsarbeiter von 50 auf 45 Pfennig gekürzt werden.

Mit einer Ablehnung des Schiedsspruchs ist zu rechnen.

SPD. Der Reichsarbeiterschiedsspruch, der eine Lohnkürzung von 4 1/2 % vorsieht, wurde von allen am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften abgelehnt. Der Spruch geht noch über die in der Notverordnung vorgesehene Verschlechterung hinaus.
